Sie wollen, dass ihre Stadt klimaneutral wird

Bundesweit engagieren sich Klimaentscheid-Teams in Kommunen und Gemeinden für eine drastische CO2-Reduzierung. Lüneburger und Buchholzer sind dabei

HANNA KASTENDIECK

Mit großen Bannern werben die Mitglieder von LüneburgZero um Unterstützung für den Klimaentscheid. FOTO: PRIVAT

BUCHHOLZ/LÜNEBURG :: Sie tragen knallgelbe T-Shirts, damit jeder sie sehen kann. Überall im Stadtgebiet haben sie Fahrräder aufgestellt, an denen ihre Banner mit dem weißen Schriftzug hängen: „Klimaentscheid Lüneburg“ steht darauf. Oder: „Wir haben die Wahl: Lüneburg klimaneutral!“ Und hätte das Gesundheitsamt nicht kurzfristig aufgrund der Pandemie ein Verbot für einen Stand erteilt, hätten die 20 Mitstreiter des Lüneburger Klimaentscheid-Teams bereits am vergangenen Wochenende ihre Tische in der Innenstadt aufgestellt und Unterschriften gesammelt für ihre Forderung. Sie wollen ihre Kommune auf Klimaneutralitätskurs schicken. Bis 2030, so das Ziel, soll Lüneburg klimaneutral sein.

> *Wir müssen beim Klimaschutz das Notwendige möglich machen.*
>
> **Hannah Lübbert, Aktivistin Klimaentscheid Lüneburg**

Mit ihrem Engagement ist die Lüneburger Gruppe nicht allein. Bundesweit haben sich ehrenamtliche Klimaentscheid-Teams unter dem Dach des gemeinnützigen Vereins „GermanZero“ auf den Weg gemacht, in ihrer Kommune oder ihrem Landkreis eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung für Klimaneutralität bis spätestens 2035 zu erwirken. GermanZero setzt dabei unter anderem auf die Aktivierung möglichst vieler Kommunen, um „von unten“ den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Daher finden derzeit in etlichen Städten sogenannte Klimaentscheide statt oder werden vorbereitet.

BürgerInnen entscheiden dabei über das Erreichen der Klimaneutralität ihrer Stadt und üben so Druck auf die Lokalpolitik aus, entsprechende Klimaaktionspläne zu erstellen und umzusetzen. Klimaentscheide sind Bürgerentscheide, die rechtlich ebenso verbindlich sind wie ein Ratsbeschluss. Mehr als 25 Teams sind inzwischen in Deutschland aktiv. Fünf von ihnen haben ihr Ziel erreicht und einen Beschluss in ihrer Stadt erwirkt. Eines davon kommt aus Buchholz.

Bereits im vergangenen Sommer hatten sich in der Nordheidestadt ein Dutzend Männer und Frauen unter dem Dach des Klimaentscheid-Teams „BuchholzZero“ zusammengeschlossen, um gemeinsam die Kommune zur Erstellung eines Klimaaktionsplans zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes aufzufordern. Das Ziel: Eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad. Doch einen Bürgerentscheid mussten sie nicht erwirken. Der Buchholzer Stadtrat beschloss im März einen entsprechenden Antrag zur Erstellung von Klimaaktionsplänen. Allerdings mit zwei Zieljahren: 2035 und 2050. Diese Klimaaktionspläne sollen als wichtige Grundlage für alle weiteren Klimaschutzaktivitäten dienen.

„Uns ist bewusst, dass die angestrebte Klimaneutralität nicht allein aus Buchholzer Kraft erreicht werden kann“, sagt Gründungsmitglied Peter Eckhoff. Es brauche einige Unterstützung von der Bundes- und Landespolitik, wo die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. „Aus diesem Grund haben wir uns der GermanZero-Bewegung angeschlossen. Denn nur gemeinsam können wir die nötigen Änderungen in der deutschen Klimapolitik anstoßen.“

Dass jetzt auch die Lüneburger mit im Boot sitzen, freut die Buchholzer sehr. Schließlich steige der Druck auf die Verantwortlichen, um so mehr Kommunen aktiv seien, so Eckhoff. „Die Natur verhandelt nicht! Sollte das alles scheitern, wird sich unser Klima, unsere Natur und damit auch unser Leben unumkehrbar verändern. Dieses zu verhindern ist das Versprechen an unsere Kinder, für das auch wir stehen.“

Für Moritz Meister und Hannah Lübbert geht es bei ihrem Engagement auch um ihre eigene Zukunft. Die beiden Studierenden aus Lüneburg gründeten im vergangenen Sommer gemeinsam mit 20 Mitstreitern die kommunale Gruppe LüneburgZero, deren Ziel zunächst einmal das Erreichen des Klimaentscheids für die Hansestadt ist. Dafür sammeln sie nun Unterschriften. „Jeder, der über 16 Jahre alt ist und in Lüneburg zuhause, darf auf unseren Listen unterzeichnen“, sagt Moritz Meister. 6000 Unterschriften müssen die Mitstreiter in den kommenden sechs Monaten sammeln. Eigentlich wollten sie dazu im Stadtzentrum persönlich unterwegs sein. Doch weil das in Zeiten von Corona schwierig ist, eine Genehmigung für einen Infostand erst für den Mai vorliegt, haben die Akteure die Unterschriftenlisten auch digital verfügbar gemacht. „Sie können auf unserer Homepage ausgedruckt werden und anschließend an einer unserer Sammelstellen eingeworfen werden“, sagt Moritz Meister. 50 solcher Sammelstellen sollen perspektivisch in der Stadt entstehen, in Cafés, Kneipen und Restaurants, in Gemeindehäusern und Geschäften. Und sie haben 20 Fahrräder im Stadtgebiet verteilt, um auf die Aktion aufmerksam zu machen.

Die Initiative BuchholzZero setzt sich dafür ein, dass die Stadt einen Klimaaktionsplan erstellt mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035. FOTO: PRIVAT

Aktivistin Hannah Lübbert ist davon überzeugt, dass sich in der Hansestadt ausreichend Menschen finden, die den Entscheid unterstützen. „Lüneburg ist eine Stadt, in der sich viele Menschen für Ökologie und Nachhaltigkeit einsetzen“, sagt die 20-Jährige, die an der Leuphana-Universität Umweltwissenschaften studiert und sich seit drei Jahren aktiv für die Themen Klimawandel und Generationengerechtigkeit einsetzt.

Als Mitglied des Jugendrats der Generationen Stiftung gehörte sie zu den Autoren des Buches „Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen“, das 2019 erschienen ist und viele Wochen auf der Spiegel-Besteller-Liste stand. „In dem Buch geht es auch darum, dass sich die Politik oft von dem Gedanken leiten lässt, dass etwas eh nicht geht“, sagt sie. „Aber wir müssen beim Klimaschutz das Notwendige möglich machen. Das 1,5-Grad-Ziel bis 2030 zu erreichen, kostet zwar viel Kraft, wäre aber theoretisch möglich. Dafür müssen wir jedoch alle bereit sein, aus unseren Gewohnheiten auszubrechen. Und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt.“

GermanZero

GermanZero ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Hamburg, der sich ausschließlich über Spenden finanziert.

Das zentrale Ziel der Klimaschutzorganisation ist, dass Deutschland bis 2035 klimaneutral wird. So soll die völkerrechtliche Verpflichtung aus dem Pariser Weltklimaabkommen von 2015 eingehalten werden, welches eine Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad festlegt.

Das entscheidende Werkzeug zum Erreichen der Klimaziele ist nach Auffassung von GermanZero ein Gesetzespaket, das Klimaneutralität als Staatsziel in das Grundgesetz aufnehmen, Steuern auf fossile Brennstoffe einführen und bestehende Gesetze auf Klimaverträglichkeit hin überprüfen soll. Damit das Gesetzespaket vom nächsten Bundestag umgesetzt wird, mobilisiert GermanZero Bürger in Deutschland, unterstützt kommunale Klimaentscheide.

Fünf Beschlüsse für Klimaneutralität können die Teams in Konstanz, Essen, Münster,Schorndorf und Buchholz bereits verzeichnen.

Weitere Infos zum Lüneburger Klimaentscheid unter www.klimaentscheid-lueneburg.de

Geimpfte sind befreit von Corona-Testpflicht

HANNOVER :: Wer vollständig gegen Covid-19 geimpft ist, muss zum Beispiel beim Friseurbesuch in Niedersachsen keine negative Testbescheinigung mehr vorlegen. In der Corona-Verordnung sei dies bereits seit dem 19. April geregelt, teilte die Staatskanzlei in Hannover mit. Die Voraussetzung: Die Corona-Schutzimpfung müsse mindestens seit 15 Tagen komplett abgeschlossen sein, dies sei durch den Impfpass oder die Impfbescheinigung zu belegen. Diese Regelung gelte auch für Hochinzidenzkommunen mit einer Inzidenz von mehr als 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen.

Dort muss sonst jeder auch beim Terminshopping, das bis zu einem Wert von 150 möglich ist, ein negatives Testergebnis vorlegen. Es genügt kein häuslicher Selbsttest, sondern es braucht das Ergebnis eines Schnelltests unter Aufsicht. In den Corona-Testzentren, die es in allen Kommunen gibt, kann sich jeder mindestens einmal in der Woche kostenlos auf das Coronavirus testen lassen. Ungeimpfte benötigen in Niedersachsen einen negativen Testnachweis ebenfalls für den Besuch in Pflegeheimen, im Kosmetikstudio oder als Betreuungsperson von zulässigem Sport für Kinder.

Das Robert Koch-Institut (RKI) hatte Anfang April in einem Bericht an das Bundesgesundheitsministerium erklärt, „dass Geimpfte bei der Epidemiologie der Erkrankung wahrscheinlich keine wesentliche Rolle mehr spielen“. Die Einschätzung bezieht sich auf das Übertragungsrisiko „spätestens zum Zeitpunkt ab dem 15. Tag nach Gabe der zweiten Impfdosis“. Rechtsexperten sind sich schon länger darin einig, dass an einer schrittweisen Lockerung der Grundrechtsbeschränkungen für Geimpfte kein Weg vorbeiführt. *dpa/lni*

Gaststätten-Verband: Jeder vierte Betrieb kurz vor dem Aus

HANNOVER :: Jedes vierte Restaurant und Hotel in Niedersachsen steht nach Angaben des Branchenverbandes Dehoga in der Corona-Pandemie kurz vor der Geschäftsaufgabe. Die Lage im Gastgewerbe sei dramatisch, sagte Rainer Balke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands Niedersachsen, der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ am Mittwoch. „Es ist eine aussichtslose Situation, wir brauchen eine Öffnungsperspektive.“ Rund drei Viertel der Betriebe hätten existenzielle Schwierigkeiten, die letzten Mittel seien aufgebraucht: „Sie stehen auf der Klippe und sind kurz vor dem Absturz.“

Je länger die Gastronomen auf die Öffnung warten müssten, desto schwerer werde es für die Betriebe, warnte Balke. Landesweit gibt es nach Verbandsangaben rund 20.000 Gastronomiebetriebe. Im November 2020 mussten sie zum zweiten Mal in der Corona-Krise schließen. Das Außer-Haus-Geschäft rette sie nicht. Balke sagte dazu: „Das ist ein Zubrotgeschäft und reduziert nur die Verluste.“ *dpa/lni*

Landtag will Autokennzeichen mit Nazi-Bezug verbieten

HANNOVER :: Die Liste verbotener Autokennzeichen mit Nazi-Bezug soll nach dem Willen des Landtags in Niedersachsen erweitert werden. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfraktionen von SPD und CDU sollte am Mittwoch vom Landtag in Hannover verabschiedet werden. Zur Begründung hieß es, dass Rechtsextremisten und Anhänger der „Neuen Rechten“ sich zunehmend einer Vielzahl von Zeichen und Symbolen als Ausdruck ihrer Geisteshaltung und zur Sendung rechtsextremistischer Botschaften bedienen. Es sei aber in einer Demokratie nicht zu tolerieren, dass Rechtsextremisten ihre menschenverachtende Gesinnung öffentlich auf Kfz-Kennzeichen präsentierten.

Bestimmte Buchstabenkombinationen auf Autokennzeichen, die an den Nationalsozialismus erinnern, sind in allen Bundesländern verboten. Dazu zählen etwa KZ, HJ, SA und SS. Ansonsten haben die Länder unterschiedliche Regeln getroffen. In Niedersachsen ist zusätzlich das Kennzeichen NS verboten. Im Landtagsantrag wird verlangt, auch Kombinationen wie HH 88, AH 18 oder HH 1933 zu verbieten. Diese lassen sich als die Anfangsbuchstaben von Adolf Hitler oder des Hitlergrußes lesen. Der Verfassungsschutz solle eine Liste unzulässiger Kombinationen erstellen und den Kfz-Zulassungsstellen an die Hand geben, hieß es.

Da bereits Kennzeichen mit NS-Symbolik von Zulassungsstellen vergeben wurden, sollte dem Antrag zufolge auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, Kennzeichen bei einem Halterwechsel von Amts wegen zu verändern. Darauf könne verzichtet werden, wenn Betroffene ein besonderes persönliches Interesse nachweisen könnten, etwa weil das Kennzeichen ihre Initialen oder Geburtsdaten beinhaltet. *lni*

Niedersachsen fördert private Stadtentwicklung

Viele Bundesländer arbeiten mit Business Improvement Districts. Nun hat der Landtag dazu ein Gesetz verabschiedet

HANNOVER :: Verwaiste Einkaufsstraßen, heruntergekommene Wohnviertel oder Stadtteilzentren – zur Wiederbelebung solcher Viertel stehen in Niedersachsen häufig auch private Akteure in den Startlöchern. Ihnen soll die Arbeit künftig erleichtert werden mit einem neuen „Gesetz zur Stärkung der Quartiere durch private Initiativen“. Das hat der Landtag in Hannover am Mittwoch mit großer Mehrheit mit Stimmen von SPD, CDU und Grünen verabschiedet.

Das Gesetz soll Kommunen nicht aus ihren Pflichten zu Investitionen in die öffentliche Infrastruktur entlassen. Vielmehr stärkt es privaten Akteuren vor Ort den Rücken bei Projekten, die über den Rahmen der Modernisierung eines Mietsblocks oder Einkaufszentrums hinausgehen und sichert vor allem die Finanzierung. „Wir sollen das, was wir gerade in den Innenstädten erleben, diese Negativ-Spirale, stoppen“, sagte Baumminister Olaf Lies (SPD). Dazu sei das neue Gesetz ein Baustein.

Die Idee stammt ursprünglich aus Kanada und den USA: Seit den siebziger Jahren entstanden dort Business Improvement Districts, innerstädtische Viertel, in denen Geschäftsleute die Aufwertung ihrer Zentren selber in die Hand nahmen, um sich gegen die Abwanderung der Kundschaft zu wehren. Gewissermaßen handelt es sich um eine gemeinschaftliche, quartiersbezogene Selbsthilfe: Grundeigentümer, Einzelhändler, Unternehmer, Gastronomen und Freiberufler organisieren sich selbst, um die Zukunft ihres Viertels zu gestalten. In Deutschland wurde die Idee 2007 ins Städtebaurecht aufgenommen. In zehn Bundesländern gibt es mittlerweile solche Gesetze. Darunter ist auch Hamburg, wo solche Districts beispielsweise am Neuen Wall, in Blankenese, der Waitzstraße, der Reeperbahn und der Mönckebergstraße eingerichtet wurden.

Mit dem nun beschlossenen Gesetz sollen private Initiativen zur Aufwertung von Geschäftsvierteln unterstützt werden. FOTO: DITTRICH / DPA

Das niedersächsische Gesetz sieht vor, dass eine solche Quartierssanierung von den Eigentümern von mindestens 15 Prozent der betroffenen Grundstücke mitgetragen werden muss. Dann kann die Gemeinde das entsprechende Quartier festlegen und von sämtlichen Eigentümern zur Finanzierung eine Umlage erheben, befristet auf fünf Jahre. Mit dem Instrument könnten Maßnahmen der Attraktivitätssteigerung, Revitalisierung und Weiterentwicklung von Innenstädten, Orts- und Stadtteilzentren und anderen Quartieren finanziert und umgesetzt werden. *dpa/lni/krk*